

Protokollauszug

aus der

41. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

vom 19.06.2018

öffentlich

Top 5.5 Information zur Kinderstation im Klinikum

Herr Schubert verweist auf den Presseartikel der PNN vom 13.06.2018 zur Situation auf der Kinderstation des Klinikums Ernst von Bergmann. Er berichtet, dass es zwischenzeitlich ein Treffen mit der Personalvertretung und am 18.06.2018 eine Personalversammlung dazu gegeben hat.

Es gibt drei Arbeitsgruppen, die sich damit befassen, wie der Betrieb in die ursprüngliche Form zurückkommen soll. Ziel ist es, bis Ende des Jahres dazu ein Konzept vorzulegen.

Die neue gesetzliche Regelung der 1:1 Betreuung in der Neonatologie stellt das Klinikum vor große personelle Herausforderungen. Das Klinikum Ernst von Bergmann versucht, dies zu kompensieren.

Es gibt im Klinikverbund Westbrandenburg einen starken Engpass, der sich besonders in Potsdam aufgrund der hohen Zahl der Geburten, sowie dem Fachkräftemangel auswirkt.

Des Weiteren verweist Herr Schubert auf die guten Kontakte des Klinikums zu Ausbildungsstätte in der Ukraine. Hier könnten zeitweilig gut ausgebildete Krankenschwestern nach Potsdam kommen. Aufgrund der sehr angespannten Wohnraumsituation ist dies bisher nicht gelungen.

Abschließend informiert Herr Schubert, dass es im Klinikum lediglich einen Fall gab, bei dem eine alleinerziehende Mutter stationär behandelt werden musste. Da keines der speziell dafür eingerichteten Zimmer frei war, wurden Mutter und Kind in einem anderen Patientenzimmer der Station, auf der die Mutter behandelt wurde, untergebracht.

Frau Schulze bedankt sich für die Information und macht darauf aufmerksam, dass das Klinikum dies im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit kommunizieren sollte. Sie betont, dass durch Offenheit und Transparenz vielen Gerüchten entgegnet werden kann.

Herr Schubert betont, dass das auch durch das Klinikum inzwischen so gesehen wird.

Er teilt mit, dass bereits im November 2017 Vertreter mehrerer Kliniken im Land Brandenburg in einem gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten deutlich gemacht haben, dass ohne Fachpersonal die Heraufsetzung von Standards nicht umgesetzt werden kann.